

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wie weiter nach der Abschaffung der Mittelstreckenraketen?

Einladung zum Gedankenaustausch über die Gestaltung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit

(Wortlaut des Artikels von Michail Gorbatschow vom 17. September 1987)

Der im folgenden – geringfügig gekürzt – dokumentierte Grundsatzartikel des Generalsekretärs der KPdSU Michail Gorbatschow erschien am 17. September 1987 in der „Prawda“ und der „Iswestija“. Der Originaltitel lautet: „Realität und Garantien für eine sichere Welt.“ Die Übersetzung wurde von der sowjetischen Presseagentur APN angefertigt. Im Anhang veröffentlichen wir darüber hinaus die gemeinsame Erklärung der Außenminister der UdSSR und der USA vom 18. September 1987 mit Vereinbarungen über ein Gipfeltreffen im Herbst 1987 und den Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche. Der ungekürzte Wortlaut des Gorbatschow-Artikels ist als „Blätter“-Sonderdruck Nr. 349 erhältlich. D. Red.

Dieser Tage hat die nunmehr 42. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen begonnen. Diese Tatsache ist auch Anlaß für diesen Artikel. (. . .)

Interdependenz und allumfassendes Sicherheitssystem

Es ist natürlich, daß wir in erster Linie in diesem Zusammenhang wissen möchten, wie es heute, anderthalb Jahre nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU, um die dort unterbreitete Idee der Schaffung eines *allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit* bestellt ist – diese Idee hat die Unterstützung vieler Staaten erhalten. Aktive Mitautoren sind unsere Freunde – die sozialistischen Länder, die nichtpaktgebundenen Staaten.

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich vor allem mit unserem Herangehen an die Gestaltung dieses Systems. Gleichzeitig ist er auch eine Einladung an die Mitgliedstaaten der UNO und an die Weltöffentlichkeit zum Meinungsaustausch.

I

Das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts ist durch Veränderungen in der materiellen Basis des Lebens gekennzeichnet, die ihrem Inhalt und ihrer Bedeutung nach revolutionär sind. Erstmals in ihrer Geschichte erwies sich die Menschheit als fähig, viele Probleme zu lösen, die jahrhundertlang ihr Voranschreiten behindert hatten. (. . .)

Zugleich sind Gefahren entstanden, die den Fortbestand des Menschengeschlechts in Frage stellen. Deshalb brauchen wir neue Regeln des Zusammenlebens auf unserem einzigartigen Planeten, die den neuen Bedürfnissen und veränderten Bedingungen entsprechen.

Viele einflußreiche Kräfte halten leider weiter an veralteten Vorstellungen über die Gewährleistung der nationalen Sicherheit fest. Und deshalb befindet sich die Welt in der absurden Situation, in der man sie hartnäckig davon zu überzeugen sucht, die Straße zum Abgrund sei der sicherste Weg. (. . .)

Beseitigung der Kluft zwischen Wort und Tat

Da wir nicht ständig mit erhobenem Zeigefinger dastehen wollen und wir erkannt haben, daß bloßes Konstatieren der gefährlichen Situation in der Welt unproduktiv ist, begannen wir eine Antwort auf die Frage zu suchen, ob heute ein Modell zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit möglich ist, das nicht die Gefahr einer weltweiten Katastrophe heraufbeschwört. (. . .)

Neues Denken – das ist zugleich die Beseitigung der Kluft zwischen Wort und Tat. Und wir sind zur Tat geschritten. Da wir davon überzeugt sind, daß die Kernwaffen das größte Übel und die schrecklichste Gefahr darstellen, haben wir das einseitige Moratorium für Nukleartests verkündet, das wir, offen gesagt, länger eingehalten haben, als wir eigentlich durften. . . Dem folgte die Erklärung vom 15. Januar 1986, die ein konkretes Programm der etappenweisen Beseitigung der Kernwaffen enthielt. Beim Treffen mit Präsident Reagan in Reykjavik näherten wir uns dem Verständnis, daß die vollständige nukleare Abrüstung wünschenswert und möglich ist.

Daraufhin haben wir Schritte unternommen, die eine Vereinbarung über die Beseitigung von zwei Klassen nuklearer Waffen – der Mittelstrecken- und der operativ-taktischen Raketen – erleichtern.

INF-Vertrag: Absage an den begrenzten Atomkrieg

Wir sind der Ansicht, daß dieses Abkommen möglich und realistisch ist. In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Position bezogen hat, die in einem bestimmten Maße dazu beiträgt. Die Sowjetunion geht davon aus, daß der entsprechende Vertrag bis zum Jahresende ausgearbeitet werden kann. Über die eventuellen Vorteile dieses Dokuments wurde schon viel gesagt. Ich will das nicht wiederholen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß mit diesem Vertrag den Konzeptionen einer begrenzten Anwendung von Nuklearwaffen und der sogenannten kontrollierbaren Eskalation eines nuklearen Konflikts ein spürbarer Schlag versetzt würde. Illusorische Zwischenlösungen gibt es nicht. Die Lage wird stabiler.

Vertrag über die Halbierung der strategischen Atomwaffen: schon 1988?

Der Vertrag über die Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen wäre ein guter Auftakt für einen Fortschritt bei den Verhandlungen über große – 50%ige – Reduzierungen strategischer Offensivwaffen unter den Bedingungen der strengen Einhaltung des ABM-Vertrages. Ich denke, daß bei beiderseitigem Bestreben eine diesbezügliche Vereinbarung bereits in der ersten Hälfte des nächsten Jahres Realität werden kann.

Im Interesse eines Voranschreitens zu einer Welt ohne Kernwaffen ist es bereits jetzt notwendig, sich darum zu sorgen, wie die Sicherheit im Prozeß der Abrüstung in jeder Etappe zu gewährleistet ist, und zwar nicht nur daran zu denken, sondern sich auch über die Mechanismen zur Erhaltung des Friedens auf einem stark gesenkten Niveau nichtnuklearer Rüstungen zu einigen.

Wie weiter? Wie könnte ein neues Sicherheitssystem aussehen?

All diese Fragen sind Bestandteil der von uns gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern in der UNO unterbreiteten Vorschläge über die Schaffung eines umfassenden Systems des internationalen Friedens und der Sicherheit.

Wie stellen wir uns dieses System vor?

Das von uns vorgeschlagene Projekt der Sicherheit sieht vor allem das Fortbestehen der bereits vorhandenen Institutionen zur Erhaltung des Friedens und Einverständnis mit ihnen vor. Das System könnte auf der Grundlage der UNO-Charta und im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen funktionieren. Wir sind der Meinung, daß dessen Leistungsfähigkeit durch strenge Einhaltung der Forderungen der Charta, durch zusätzliche einseitige Verpflichtungen der Staaten

Dokumente zum Zeitgeschehen

sowie durch Maßnahmen des Vertrauens und der internationalen Zusammenarbeit in allen Bereichen – im militärpolitischen, wirtschaftlichen, ökologischen, humanitären und anderen – gewährleistet werden kann.

Ich will nicht darüber spekulieren, wie das System einer umfassenden Sicherheit letztendlich genau aussehen könnte. Klar ist nur, daß es allein dann Realität werden kann, wenn alle Massenvernichtungsmittel beseitigt werden. Wir schlagen vor, daß sich eine unabhängige Kommission von Experten und Spezialisten, die ihre Ergebnisse der Organisation der Vereinten Nationen unterbreiten würde, mit all dem auseinandersetzt.

Ich persönlich zweifle nicht an der Fähigkeit souveräner Staaten, bereits jetzt Verpflichtungen auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit zu übernehmen. Viele Staaten tun das auch. Bekanntlich haben die Sowjetunion und die Volksrepublik China erklärt, daß sie nicht als erste Kernwaffen einsetzen werden. Ein anderes Beispiel sind die sowjetisch-amerikanischen Abkommen zu nuklearen Rüstungen. Im empfindlichsten Bereich der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA hat man sich bewußt für Zurückhaltung und Selbstbeschränkung entschieden. Und ist nicht der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen ein einzigartiges Beispiel für das hohe Verantwortungsbewußtsein der Staaten?

Erste „Bausteine“ gibt es bereits . . .

In unserer gegenwärtigen Wirklichkeit gibt es bereits „Steinchen“, mit denen man den Bau eines künftigen Systems der Sicherheit beginnen kann.

Die Sphäre einer vernünftigen, verantwortungsvollen und rationellen Organisation der internationalen Angelegenheiten weitet sich, wenn auch noch zaghaft, vor unseren Augen aus. Bisher nicht gekannte Normen für Offenheit, Transparenz, für Umfang und Tiefe gegenseitiger Überprüfung und Kontrolle der übernommenen Verpflichtungen bilden sich heraus. Eine amerikanische Inspektionsgruppe besucht ein Gebiet, wo Übungen sowjetischer Truppen stattfinden, eine Gruppe von Kongreßabgeordneten der USA besichtigt die Radarstation Krasnojarsk, amerikanische Wissenschaftler installieren ihre Geräte im Gebiet des sowjetischen Kerntestgeländes. Sowjetische und amerikanische Beobachter sind bei den Truppenübungen der jeweils anderen Seite zugegen. Veröffentlicht werden in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen im Rahmen des Helsinki-Prozesses die Jahrespläne der militärischen Aktivitäten.

Ich kenne kein gewichtigeres und eindrucksvolleres Argument dafür, daß sich die Situation verändert, als die erklärte Bereitschaft einer Atommacht, freiwillig auf Kernwaffen zu verzichten. Der Hinweis auf Bestrebungen, diese Waffen durch konventionelle Waffen zu ersetzen, bei denen es zwischen NATO und Warschauer Vertrag angeblich ein Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Vertrages gibt, läßt sich nicht rechtfertigen. Wenn es ein Ungleichgewicht, Disproportionen gibt, dann laßt sie uns beseitigen! Davon sprechen wir unablässig, und wir haben konkrete Maßnahmen zur Lösung dieses Problems vorgeschlagen.

Die Sowjetunion geht in all diesen Fragen voran und zeigt, daß bei ihr Wort und Tat übereinstimmen.

Wie steht es um die Vergleichbarkeit der Verteidigungsausgaben? Damit wird man sich noch beschäftigen müssen.

Ich denke, daß wir bei entsprechenden Anstrengungen schon in den nächsten zwei bis drei Jahren die sowohl uns als auch unsere Partner interessierenden Zahlen gegenüberstellen können, die die Ausgaben beider Seiten gleichermaßen widerspiegeln.

Die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen und die kurz vor dem Abschluß stehende Konvention über das Verbot chemischer Waffen werden, davon bin ich überzeugt, die Bewegung in Richtung Entspannung und Abrüstung verstärken.

Defensiv-Strategie, gegenseitige Nichtangriffsfähigkeit und „militärisches Minimum“

Einen starken Impuls in dieser Richtung kann eine Vereinbarung über eine „Strategie der Verteidigung“ und über ein „militärisches Minimum“ geben. Diese Begriffe postulieren eine Struktur der Streitkräfte der Staaten, die ausreichend ist für die Abwehr einer Aggression, aber nicht für die Führung von Angriffshandlungen. Der erste Schritt dazu ist der kontrollierte Abzug von Kern- und anderen Offensivwaffen von den Grenzen mit nachfolgender Schaffung militärisch verdünnter Streifen und entmilitarisierter Zonen zwischen den potentiellen, sagen wir, Gegnern.

Im Prinzip geht es bis zur Auflösung der Militärböcke und Beseitigung der Stützpunkte auf fremden Territorien und zur Rückkehr aller sich im Ausland befindlichen Truppen in die Heimat.

Vorbeugung gegen nuklearen Terrorismus

Komplizierter ist die Frage, wie der Mechanismus zur Verhinderung der Entfesselung eines Kernwaffenkonflikts aussehen muß. Hier komme ich zu einem hochsensiblen Punkt, zu der Idee allumfassender Sicherheit: Vieles ist zu überdenken, weiterzudenken und weiter auszuarbeiten. In jedem Fall muß die internationale Gemeinschaft abgestimmte Maßnahmen für den Fall der Verletzung eines umfassenden Abkommens über die Nichtanwendung und Beseitigung der Kernwaffen oder für den Fall eines Versuchs der Verletzung eines solchen Abkommens ausarbeiten. Was das potentielle nukleare Piratentum anbelangt, so kann und muß man möglicherweise vorher kollektive Maßnahmen zur Verhinderung abwägen und vorbereiten.

Wenn das System hinreichend effektiv ist, dann wird es erst recht wirksame Garantien für die Verhinderung und Vereitelung einer nichtnuklearen Aggression bieten.

Das von uns vorgeschlagene System schlägt konkrete Maßnahmen vor, die es der Organisation der Vereinten Nationen, dem wichtigsten universellen Sicherheitsorgan, erlauben würden, die Sicherheit zuverlässig zu garantieren.

II

Die Spaltung der Welt in kernwaffenbesitzende und keine Kernwaffen besitzende Länder hat auch den Begriff der Sicherheit geteilt. Für das menschliche Leben jedoch ist die Sicherheit unteilbar. In diesem Sinne stellt sie nicht nur eine politische, militärische und juristische, sondern auch eine moralische Kategorie dar. Feststellungen, daß es schon fast ein halbes Jahrhundert lang keinen Krieg gegeben hat, können vor den Wertvorstellungen der Ethik nicht bestehen. Wieso eigentlich keinen Krieg? In der Welt wüten Dutzende regionale Kriege.

Dies als zweitrangig anzusehen, ist unmoralisch. Es geht jedoch nicht allein um unzulässige nukleare Arroganz. Beseitigung der Kernwaffen bedeutet auch einen großen Schritt zu echter Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, zu Gleichberechtigung und gleicher Verantwortung in diesen Beziehungen.

Unbedingte Voraussetzung für allgemeine Sicherheit ist die bedingungslose Respektierung der UNO-Charta und des Rechts der Völker, die Wege und Formen ihrer Entwicklung – ob revolutionär oder evolutionär – souverän zu wählen. Das gilt auch für das Recht auf einen sozialen Status quo. Er ist ebenfalls eine ausschließlich innere Angelegenheit. Jegliche Versuche, seien sie direkt oder indirekt, auf die Entwicklung „fremder“ Länder einzuwirken oder sich in diese einzumischen, müssen ausgeschlossen werden. Ebenso unzulässig sind auch die Versuche, bestehende Regierungen von außen her zu destabilisieren.

Ein UNO-Zentrum zur Verringerung der Kriegsgefahr

Zur gleichen Zeit kann die Weltgemeinschaft nicht abseits von zwischenstaatlichen Konflikten stehen. Anfangen könnte man hier mit der Verwirklichung des Vorschlages des UNO-Generalsekretärs, bei den Vereinten Nationen ein multilaterales Zentrum zur Verringerung der Kriegsgefahr zu bilden. Man müßte vielleicht die Zweckmäßigkeit prüfen, eine Direktverbindung einzu-

Dokumente zum Zeitgeschehen

richten zwischen dem UNO-Hauptquartier sowie den Hauptstädten von Staaten, die Ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sind, und dem Sitz des jeweiligen Vorsitzenden der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Wir meinen, daß zur Festigung des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens unter der Ägide der UNO ein Mechanismus zur umfassenden internationalen Kontrolle über die Einhaltung der Abkommen zur Verringerung der internationalen Spannungen und zur Rüstungsbegrenzung sowie über die militärische Lage in Konfliktregionen geschaffen werden könnte. Dieser Mechanismus könnte verschiedene Formen und Methoden der Kontrolle beim Sammeln von Informationen und ihrer operativen Weiterleitung an die UNO anwenden. Dadurch wäre es möglich, ein objektives Bild der Ereignisse zu erhalten, Vorbereitungen für militärische Handlungen rechtzeitig zu erkennen, einen plötzlichen Überfall zu erschweren sowie Maßnahmen zur Verhütung eines militärischen Konflikts, gegen seine Ausdehnung und Zuspitzung zu treffen.

Wir kommen zu der Schlußfolgerung, daß für die Entflechtung sich feindlich gegenüberstehender Truppen, für die Überwachung von Feuereinstellungen und Waffenstillstandsabkommen die Institution der Militärbeobachter und Streitkräfte der UNO zur Sicherung des Friedens stärker genutzt werden muß.

Die Möglichkeiten der UNO stärker nutzen

Und natürlich muß man in allen Konfliktstadien alle Mittel zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten umfassend nutzen und gute Dienste beim Vermitteln von Waffenstillstandsvereinbarungen anbieten. Als fruchtbar erweisen sich Ideen und Initiativen in bezug auf nichtstaatliche Kommissionen und Gruppen, die sich mit der Analyse der Ursachen, Umstände und Methoden zur Regelung der einen oder anderen konkreten Konfliktsituation befassen.

Zu Garanten der regionalen Sicherheit könnten die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates werden, die ihrerseits die Verpflichtung übernehmen würden, keine Gewalt anzuwenden oder anzudrohen und auf demonstrative militärische Präsenz zu verzichten. Denn diese Praxis ist ein Faktor der Schürung regionaler Konflikte.

Äußerst wichtig sind eine grundlegende Verstärkung und Erweiterung der Zusammenarbeit bei der Ausmerzung des internationalen Terrorismus. Diese Angelegenheit sollte im Rahmen der UNO konzentriert sein. Es wäre unseres Erachtens nützlich, unter ihrer Ägide ein Tribunal zur Untersuchung internationaler Terrorakte einzurichten.

Gerechtfertigt wäre auch eine stärkere Koordiniertheit im Kampf gegen die Apartheid als einen der destabilisierenden Faktoren von internationaler Tragweite.

Alle genannten Maßnahmen sind unserer Ansicht nach geeignet, ein umfassendes System des Friedens und der Sicherheit zu bilden.

III

Die Ereignisse und Tendenzen der letzten Jahrzehnte haben diesen Begriff erweitert und ihm neue Züge und Besonderheiten verliehen. Eines dieser Probleme ist die wirtschaftliche Sicherheit. Nicht sicher ist eine Welt, in der ein ganzer Kontinent an den Rand des Hungertodes gelangen kann und riesige Menschenmassen fast permanent von Unterernährung betroffen sind. Nicht sicher ist eine Welt, in der zahlreiche Länder und Völker von der Schuldenlast fast erdrückt werden.

Wirtschaftliche Sicherheit

Die ökonomischen Interessen dieser oder jener Länder beziehungsweise ganzer Ländergruppen sind in der Tat so unterschiedlich und widersprüchlich, daß ein Konsens über eine Konzeption für eine neue Weltwirtschaftsordnung schwer erreichbar scheint. Doch auch hier, so hoffen wir, sollte

Dokumente zum Zeitgeschehen

der Selbsterhaltungstrieb funktionieren. Er wird auf jeden Fall zum Ausdruck kommen, wenn es gelingt, sich über die Kette der Prioritäten klarzuwerden und zu erkennen, daß es in ihrer Unabwendbarkeit gefährliche Umstände gibt und es an der Zeit ist, sich von konservativem politischen Bewußtsein, von aus der Vergangenheit übernommenen Ansichten über die Welt zu trennen: Sie hat aufgehört, eine Sphäre von Domänen und von Zonen der „Lebensinteressen“ für die Großen und Starken zu sein.

Es ist ein Gebot der Zeit, viele Normen des gesunden Menschenverstandes in den Rang der Politik zu erheben. Unser Vorschlag, über eine Senkung der Zinsen für Bankkredite und zusätzliche Vergünstigungen für die am schwächsten entwickelten Länder übereinzukommen, ist keineswegs Philantropie. Dies verspricht allen einen Gewinn, der sichere Zukunft heißt. Wenn die Schuldenlast der Entwicklungsländer leichter wird, ergeben sich mehr Chancen für eine solche Zukunft. Hier gibt es folgende Möglichkeiten: Die Schuldenzahlungen eines jeden Entwicklungslandes auf einen Teil seines jährlichen Exporterlöses ohne Schaden für die Entwicklung zu begrenzen, zur Tilgung der Schulden Exportgüter in Zahlung zu nehmen, die protektionistischen Barrieren an den Grenzen der Kreditgeber-Länder abzuschaffen sowie auf die Erhebung zusätzlicher Zinssätze bei der Gewährleistung eines Zahlungsaufschubs zu verzichten.

Sofortaktionen gegen die Verschuldungskrise

Die Einstellung zu diesen Vorschlägen kann unterschiedlich sein. Ich zweifle jedoch nicht daran, daß sich die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft über die Notwendigkeit unverzüglicher Aktionen zur Erleichterung der Schuldenlast der Entwicklungsländer im klaren ist. Und wenn es so ist, dann könnte man gemeinsam die Ausarbeitung eines Programms in Angriff nehmen.

Dieses Wort „gemeinsam“ ist sehr wichtig für die Welt von heute. Die Wechselbeziehungen zwischen Abrüstung und Entwicklung, die unlängst auf einer internationalen Konferenz in New York bekräftigt worden ist, kann in der Praxis realisiert werden, wenn sich keiner der Mächtigen und Reichen abseits hält. Ich habe darüber bereits meine Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates durch ihre höchsten Repräsentanten gemeinsam dieses Problem erörtern und ein abgestimmtes Vorgehen erarbeiten sollten. Ich bekräftige diesen Vorschlag.

Ökologische Sicherheit

Ökologische Sicherheit. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes gefährlich, wenn in den Flüssen Gift fließt und vom Himmel auf die Erde giftige Regengüsse niedergehen, wenn Städte und ganze Regionen an der Atmosphäre ersticken, die von industriellen und Verkehrsabgasen übersättigt ist, wenn die Entwicklung der Kernenergetik mit einem unannehmbaren Risiko verbunden ist.

Dabei begriffen viele plötzlich, daß all das nicht Spekulation ist, sondern erfuhren es am eigenen Leibe. Die dem früheren Weltbild eigene Überzeugung „das wird uns nicht betreffen“ ist verschwunden. Man sagt, daß ein Dorn Erfahrung mehr wert ist als ein ganzer Wald Belehrungen. Ein solcher Dorn war für uns Tschernobyl. . .

Das Wechselverhältnis von Mensch und Natur hat einen alarmierenden Charakter angenommen. Die Probleme der ökologischen Sicherheit betreffen alle, unabhängig von Armut oder Reichtum. Notwendig ist eine globale Strategie für den Umweltschutz und die rationelle Nutzung der Ressourcen. Und wir schlagen auch vor, ihre Ausarbeitung im Rahmen eines UNO-Spezialprogramms in Angriff zu nehmen.

Die Staaten tauschen bereits entsprechende Informationen aus und informieren internationale Organisationen.

Wir meinen, daß dieses Verfahren für rechtsverbindlich erklärt werden sollte und daß das Prinzip der jährlichen Rechenschaftslegung der Regierungen über ihre Arbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes sowie über ökologische Vorfälle beziehungsweise deren Verhinderung auf dem Territorium ihrer Länder eingeführt werden sollte.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wirtschaftliche und ökologische Sicherheit gehören zusammen

Die Notwendigkeit der Eröffnung einer gemeinsamen Front der wirtschaftlichen und ökologischen Sicherheit zu erkennen und mit ihrer Formierung zu beginnen bedeutet, die Zeitzunderbombe zu entschärfen, die die Geschichte, die Menschen selbst ins Fundament des Bestandes der ganzen Menschheit gelegt haben.

IV

Zu den Menschenrechten. Man kann ranghöchste Staatsmänner unserer Zeit beim Namen nennen, die mit dem Einsatz von Kernwaffen gedroht haben. Man könnte mir entgegenhalten, daß die Drohung eine Sache ist und der Einsatz eine andere. Es stimmt: Sie haben sie nicht eingesetzt. Das Eifern für die Menschenrechte jedoch ist völlig unvereinbar mit der Drohung des Einsatzes von Mitteln, die alles auslöschen. Für uns ist es unannehmbar, über die Rechte und Freiheiten des Menschen zu reden, wenn man die Absicht hat, über seinen Kopf im Weltraum „Kronleuchter“ exotischer Waffen aufzuhängen. An dieser „Exotik“ ist nur die potentielle Möglichkeit der Vernichtung der gesamten Menschheit nüchterne Wirklichkeit. Alles übrige steckt in schillernder Verpackung.

Ich bin einverstanden: Die Welt kann nicht als sicher angesehen werden, wenn in ihr die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Ich füge nur noch hinzu: Wenn es in einem beträchtlichen Teil dieser Welt keine elementaren Bedingungen für die würdige Existenz des Menschen gibt, wenn Millionen von Menschen das volle „Recht“ eingeräumt wird, zu hungern, kein Dach über dem Kopf zu haben, ohne Arbeit zu bleiben, ständig Krankheiten ausgesetzt zu sein, weil man sich eine Behandlung nicht leisten kann, und wenn schließlich das wichtigste Recht des Menschen, das Recht auf Leben, mißachtet wird.

Zu den Menschenrechten

Es ist vor allem notwendig, daß die nationalen Gesetzgebungen und die Verwaltungsvorschriften auch auf humanitärem Gebiet überall mit den internationalen Verpflichtungen und Normen in Übereinstimmung gebracht werden.

Gleichzeitig könnte man zur Vereinbarung eines weiten Kreises praktischer Schritte übergehen, zum Beispiel zur Ausarbeitung eines weltweiten Informationsprogramms unter Schirmherrschaft der UNO, um die Völker mit dem Leben der anderen bekannt zu machen, und zwar mit dem Leben, wie es wirklich ist, und nicht, wie man es gern hinstellen möchte. Gerade deshalb muß ein solches Projekt vorsehen, die Informationsströme von den „Feindbild“-Klischees, von Voreingenommenheit und Vorurteilen, plumpen Erfindungen, von absichtlicher Verzerrung und gewissenloser Vergewaltigung der Wahrheit zu befreien.

Sehr aussichtsreich erscheint die Aufgabe, einheitliche völkerrechtliche Kriterien zu vereinbaren, um Fragen der Familienzusammenführung, der Eheschließung, der Kontakte zwischen Menschen und Organisationen, der Visabestimmungen und andere Fragen in humanitärem Sinne zu lösen. Zum Ausgangspunkt sollte das genommen werden, was in dieser Beziehung im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses erreicht worden ist.

Wir sprechen uns für die Bildung eines UNO-Sonderfonds für humanitäre Zusammenarbeit aus, der durch freiwillige staatliche und private Beiträge auf der Basis der Reduzierung der Militärausgaben gebildet wird.

Wünschenswert ist der Beitritt aller Staaten zu den Konventionen der UNESCO auf dem Gebiet der Kultur, darunter die Konventionen über den Schutz des internationalen Kulturerbes, über das Verbot und die Verhinderung ungesetzlicher Einfuhr, Ausfuhr und Übertragung von Eigentumsrechten an kulturellen Werten.

Alarmierende Signale der jüngsten Zeit haben die Idee eines weltweiten Netzes medizinischer Zusammenarbeit bei den gefährlichsten Krankheiten, einschließlich Aids, sowie zur Bekämpfung

von Drogensucht und Alkoholismus ganz vorn auf die Tagesordnung gesetzt. Die bereits bestehenden Strukturen der Weltgesundheitsorganisation ermöglichen es, ein solches Netz relativ schnell aufzubauen. Bedeutende Ideen haben diesbezüglich die führenden Vertreter der Weltbewegung der Ärzte.

Der Dialog über humanitäre Probleme läßt sich auf bilateraler Grundlage, in den bereits bestehenden Verhandlungsformen führen. Darüber hinaus laden wir dazu ein, ihn auch im Rahmen einer internationalen Konferenz in Moskau zu entfalten. Einen diesbezüglichen Vorschlag haben wir im November vergangenen Jahres auf dem Wiener Treffen unterbreitet.

Die Vereinigung der Anstrengungen im Bereich der Kultur, der Medizin und der Menschenrechte ist ein weiterer Bestandteil des Systems der umfassenden Sicherheit.

V

Das vorgeschlagene System der umfassenden Sicherheit wird sich in dem Maße als wirksam erweisen, wie die Organisation der Vereinten Nationen, ihr Sicherheitsrat sowie die anderen internationalen Institutionen und Mechanismen effektiv funktionieren. Es ist erforderlich, die Autorität und die Rolle der UNO und der internationalen Atomenergiebehörde entschieden zu erhöhen. Deutlich spürbar wird die Notwendigkeit einer internationalen Weltraumorganisation, die in der Perspektive in enger Verbindung mit der UNO als autonomer Bestandteil ihres Systems arbeiten könnte. Zu Regulatoren internationaler Prozesse müssen auch die Spezialorganisationen der UNO werden. Und die Genfer Abrüstungskonferenz sollte ein Forum sein, wo die Bemühungen um den Übergang zu einer kernwaffenfreien, gewaltlosen Welt internationalisiert werden.

Die Autorität der UNO und des Haager Gerichtshofs stärken

Auch die Möglichkeiten des Internationalen Gerichtshofes sollten nicht vergessen werden. Die Vollversammlung und der Sicherheitsrat könnten ihn häufiger bei strittigen Völkerrechtsfragen konsultieren. Seine verbindliche Rechtsprechung muß zu vereinbarten Bedingungen von allen akzeptiert werden. Angesichts der besonderen Verantwortung der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates kommt ihnen dabei der erste Schritt zu.

Wir sind davon überzeugt, daß ein umfassendes System der Sicherheit zugleich ein System der umfassenden Rechtsordnung darstellt, mit dem das Primat des Völkerrechts in der Politik garantiert wird.

Die UNO-Charta stattet den Sicherheitsrat mit großen Vollmachten aus. Wir müssen uns nur gemeinsam darum bemühen, daß er sie effektiv anwenden kann. Dazu wäre es sinnvoll, bei der Eröffnung der nächsten Tagung der Vollversammlung eine Sitzung des Sicherheitsrates auf der Ebene der Außenminister durchzuführen, auf der gemeinsam die internationale Lage eingeschätzt und nach effektiven Wegen zu ihrer Verbesserung gesucht wird.

Es wäre nützlich, die Sitzungen des Sicherheitsrates nicht nur am Sitz des UNO-Hauptquartiers in New York abzuhalten, sondern auch in Regionen, in denen es Reibungen und Spannungen gibt, sowie nacheinander in den Hauptstädten der Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates.

Sondermissionen des Sicherheitsrates in Gebieten mit offenen oder potentiellen Konflikten könnten ebenfalls zur Stärkung seiner Autorität und zur Erhöhung der Wirksamkeit seiner Resolutionen beitragen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit der UNO mit den Regionalorganisationen beträchtlich ausgebaut werden kann. Ziel ist dabei die Suche nach politischen Regelungen für Krisensituationen.

Um die Arbeit der UNO-Vollversammlung effektiver zu machen, müssen unserer Ansicht nach öfter Sondertagungen zu den dringlichsten politischen Problemen und zu einzelnen Abrüstungsfragen durchgeführt werden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wir betonen entschieden die Notwendigkeit, die moralische und politische Verbindlichkeit der in der UNO durch Konsens angenommenen wichtigen politischen Dokumente zu erhöhen. Dazu gehören bekanntlich das Schlußdokument der UNO-Sondertagung über Abrüstung, die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten sowie andere Dokumente.

Gründung eines „Weltkonsultativrates“ der „geistigen Elite“

Unserer Meinung nach ist es längst an der Zeit, unter UNO-Ägide einen Weltkonsultativrat zu gründen, der die geistige Elite der Welt vereinen würde. Namhafte Wissenschaftler, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Vertreter der internationalen gesellschaftlichen Organisationen, Kultur- und Kunstschaffende, darunter auch Träger des Nobelpreises und anderer internationaler Auszeichnungen von Weltbedeutung, sowie kirchliche Würdenträger könnten das geistige und ethische Potential der gegenwärtigen Weltpolitik spürbar bereichern.

Damit die UNO und ihre Spezialorganisationen mit ganzer Kraft arbeiten können, muß man begreifen, daß es unzulässig ist, mit finanziellen Mitteln Druck auf sie auszuüben. Die Sowjetunion wird aktiv zur Überwindung der in der UNO entstandenen Haushaltsschwierigkeiten beitragen.

Schließlich einige Worte zum UNO-Generalsekretär. Die Weltgemeinschaft wählt in dieses hohe Amt eine angesehene Persönlichkeit, die allgemeines Vertrauen genießt. Da der Generalsekretär als Vertreter eines jeden Mitglieds der Organisation auftritt, müssen alle Staaten ihm maximale Unterstützung gewähren, ihm bei der Erfüllung seiner verantwortungsvollen Mission helfen. Die Weltgemeinschaft muß den UNO-Generalsekretär in seinen Missionen guten Willens, Missionen der Vermittlung und Aussöhnung, bestärken.

Von „vertrauensbildenden Maßnahmen“ zur „Politik des Vertrauens“

Weshalb stellen wir die Frage eines umfassenden Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit so beharrlich? Deshalb, weil man sich nicht mit der Situation zufriedengeben kann, in der sich die Welt vor Eintritt in das dritte Jahrtausend befindet: Im Angesicht der Gefahr der Vernichtung, im Zustand ständiger Spannungen, in einer Atmosphäre des Mißtrauens und der Zwietracht, wobei ungeheure Mittel, die Arbeit und das Talent von Millionen Menschen darauf verwendet werden, den gegenseitigen Argwohn und die Ängste zu vergrößern.

Man kann von der Notwendigkeit der Beendigung des Wettrüstens, von der Ausmerzung des Militarismus und von Zusammenarbeit reden, solange man will – wenn wir nicht anfangen zu handeln, wird sich nichts ändern.

Der politische und moralische Kern des Problems liegt im gegenseitigen Vertrauen der Staaten und Völker und in der Achtung der internationalen Abkommen und Institutionen. Und wir sind bereit, von vertrauensbildenden Maßnahmen in einzelnen Bereichen zur großangelegten Politik des Vertrauens überzugehen, die schrittweise das allumfassende System der Sicherheit schaffen wird. Eine solche Politik muß aber auf der Einheit politischer Erklärungen und realer Haltungen basieren.

Die Idee des allumfassenden Systems der Sicherheit ist der erste Entwurf einer möglichen Neuordnung des Lebens in unserem gemeinsamen Haus Erde. Mit anderen Worten, das ist der Passierschein für die Zukunft, in der die Sicherheit aller die Garantie für die Sicherheit eines jeden einzelnen darstellt. Wir hoffen, daß auf der Tagung der UNO-Vollversammlung diese Idee gemeinsam weiterentwickelt und konkretisiert wird.

Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt.

Gemeinsame Erklärung der Außenminister der UdSSR und der USA vom 18. September 1987

(Wortlaut)

Eduard Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR, und George Shultz, Außenminister der USA, haben die dreitägigen nützlichen, ausführlichen Verhandlungen zu allen Aspekten der Beziehungen zwischen beiden Ländern abgeschlossen. Die Außenminister der UdSSR und der USA erörterten den gesamten Kreis von Fragen, die mit der Begrenzung und Reduzierung der nuklearen und konventionellen Rüstungen zusammenhängen, sowie Fragen der chemischen Waffen. Die Minister führten zusammen mit Experten intensive Verhandlungen vor allem zur Frage der Raketen mittlerer und geringerer Reichweite. Im Ergebnis wurde eine prinzipielle Übereinkunft über den Abschluß eines entsprechenden Vertrages erzielt. Die Delegationen beider Seiten in Genf wurden angewiesen, die Arbeit zur Abstimmung der verbleibenden technischen Fragen und zum schnelleren Abschluß der Ausarbeitung des Textes eines Vertragsentwurfs zu intensivieren. Die Außenminister der UdSSR und der USA stimmten darin überein, daß auch aktive Anstrengungen zur Ausarbeitung eines Vertrages über eine 50%ige Reduzierung der strategischen Offensivrüstungen im Rahmen der Genfer Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen erforderlich sind. Nach der Erörterung von Fragen, die mit dem Problem der Nukleartests zusammenhängen, wurde vereinbart, vor dem 1. Dezember 1987 umfassende schrittweise Verhandlungen aufzunehmen, die in einem einheitlichen Forum stattfinden werden. Eine spezielle Erklärung dazu wurde von ihnen gebilligt. Darüber hinaus wurden von den Außenministern der UdSSR und der USA regionale Probleme erörtert. Behandelt wurde ein breiter Kreis von Fragen der bilateralen Beziehungen. Abgestimmt wurde ein auf die Jahre 1987/1988 befristetes Programm von Maßnahmen, die auf eine weitere Aktivierung des Zusammenwirkens auf verschiedenen Gebieten der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit gerichtet sind. Konstruktive Gespräche wurden zu Fragen der Menschenrechte und zu humanitären Fragen geführt. Die Außenminister der UdSSR und der USA, Schewardnadse und Shultz, kamen überein, ein zusätzliches Treffen durchzuführen, um die Ergebnisse der Arbeit in allen erwähnten Bereichen auszuwerten, darunter die Ergebnisse der Arbeit der Delegationen bei den Genfer Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen. Sie einigten sich darauf, daß dieses Treffen in der zweiten Oktoberhälfte in Moskau stattfindet.

Zur Unterzeichnung des Vertrags über die Raketen mittlerer und geringerer Reichweite und zur Erörterung des gesamten Spektrums von Fragen der Beziehungen zwischen beiden Ländern wurde ein Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, und dem Präsidenten der USA, Ronald Reagan, vereinbart. Das Gipfeltreffen findet im Herbst 1987 statt, wobei die konkreten Termine bei den Verhandlungen zwischen den Außenministern der UdSSR und der USA in Moskau festgelegt werden sollen.